

Widerstand gegen Rühes Reform

Bundesländer können sich bis Mai äußern – Es bleibt beim Etat von 47,9 Milliarden DM

dpa Bonn. Die Bundeswehrreform von Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) ist vor allem wegen der Standortschließungen bei vielen Bundesländern und Kommunen auf heftigen Widerstand gestoßen. Die Sozialdemokraten lehnten die Vorstellungen Rühes als „totale Fehlplanung“ kategorisch ab. Der Minister sprach am Mittwoch vor der Presse in Bonn dagegen von einem gelungenen Konzept, das die Bundeswehr ins nächste Jahrtausend führe. Es sieht vor, daß von 734 Standorten 19 aufgelöst und 28 verringert werden. 30 000 Soldatenstellen werden gestrichen.

Rühe wies darauf hin, daß seine Reform in der Koalition eine breite Zustimmung gefunden habe. Er gab zu, daß Schleswig-Holstein und Nord-Niedersachsen von den Schließungen der Kasernen am meisten betroffen werden. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) sagte vor Journalisten in Bonn, sie werde alle Kräfte im Land sammeln, die auf eine Änderung der Rühe-Pläne hinwirken könnten. Al-

lein für die Kieler Region sei ein Kaufkraftverlust von 50 Millionen DM zu erwarten. Der Abzug der Soldaten könnte einige Regionen im nördlichsten Bundesland das Rückgrat brechen. Simonis vermißte eine gerechte Verteilung der anstehenden Lasten und forderte ein Konversionsprogramm für Schleswig-Holstein.

Andere Bundesländer reagierten auf die Reform mit „Zorn, Bitterkeit, Resignation, Ratlosigkeit und Unverständnis“. Rühe will bis Anfang Mai den Ländern Gelegenheit geben, sich zu äußern. Für Ende Mai ist die abschließende Entscheidung vorgesehen. Der SPD-Wehrexperte Walter Kolbow sagte, die vierte Umorganisation der Bundeswehr sei ein weiterer Beweis für das Planungsschaos auf der Hardthöhe. Die Bundeswehrstärke sei jetzt schon bei 343 000 Mann angelangt und bewege sich wegen fehlender Soldaten auf die 320 000 zu. Die vorgesehenen 340 000 Soldaten seien mit den Haushaltsansätzen nicht bezahlbar. Nach Schätzung von Kolbow müssen jetzt 15 000

Berufs- und Zeitsoldaten umziehen.

Rühe warf der SPD vor, sie wolle die Bundeswehr auf 300 000 Mann reduzieren. In diesem Fall müßten noch mehr Standorte geschlossen werden. Für die Umzüge wird es nach seinen Angaben keine Hilfen geben. Dafür reichten die gesetzlichen Umzugsregelungen aus. Nachdrücklich unterstrich der Minister, es werde beim Bundeswehretat von 47,9 Milliarden DM bleiben. In den letzten Jahren hat es 40 000 Versetzungen mit Standortwechsel gegeben.

Kernpunkt der Bundeswehrreform ist die Aufteilung in Krisenreaktions- (KRK/ 50 000 Mann) und Hauptverteidigungskräfte (HVK/ 290 000). Die KRK-Einheiten sind für Auslandseinsätze vorgesehen. Rühe lobte, daß zum ersten Mal Truppenteile in alten und neuen Bundesländern verbunden werden. KRK- und HVK-Truppen würden eng miteinander verzahnt. Das Heer werde eine ganz neue Struktur erhalten. 35 Bataillone und eine Division sowie zwei Brigaden würden abgebaut.



Erregt den Zorn einiger Länder:
Volker Rühe.

Funkbild: ap